

# Der freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

### Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 47

Erscheint Werktags

Bezugspreis monatlich 20 Pf. Durch die Post im Reichsanzugsverkehr 2.35 M. in Württemberg 2.50 M. vierteljährlich, hierzu Beleggeld 30 Pf. Druck und Verlag der Hofmannschen Buchdruckerei Verantwortlich: G. Reinhardt in Wildbad.

Anzeigen 12 Pf., von auswärtig 16 Pf. die Zeile über deren Raum. Reklame 25 Pf. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pf. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pf.

Nr. 99

Montag, den 28. April 1919

86. Jahrgang.

### Wochenrundschau.

Es gibt Leute, die glauben, daß die Weltgeschichte in ihren Grundideen alle tausend Jahre sich wiederhole — Chikladimus wird diese Anschauung genannt. Und merklich, es sind nahezu tausend Jahre her, daß auf den Gefilden, wo jetzt bayerische und württembergische Truppen gegen das asiatische Geispen des Bolschewismus im Kampfe stehen, der Sachseukaiser Otto I. den bajawarischen und schwäbischen Heerbann gegen die Horden der halbasiatischen Ungarn sammelte, um in der entscheidenden Schlacht auf dem Lechfeld 955 die dem ganzen Reich aus dem Osten drohende Gefahr für immer niederzuschlagen. Auch der gegenwärtige Kampf in Bayern scheint ein Entscheidungskampf werden zu sollen, von dem es abhängen wird, ob die sozialistische Lehre, die in ihrem Geburtsland Rußland selbst bereits im Niedergehen ist, in Deutschland neue Wurzeln schlagen und das kultivierte Europa durchdringen oder für immer niederknicken werden soll. In Ungarn hat der Bolschewismus nur wenige Wochen vor München seinen Einzug gehalten; jetzt läutet man ihm schon das Totenglockchen. Von allen Seiten rücken die Rumänen, Serben, Jugoslawen und die Tschchoslowaken im Ansturm der Entente heran, die disziplinlosen Scharen der ungarischen Roten Garde stehen auseinander und Ungarn, das der Graf Karolyi durch Ueberantwortung an den Bolschewismus vor dem Fall der Entente retten zu können glaubte, sieht dem fürchterlichsten Elend entgegen. Was die Kommunistenbanden noch nicht zerschert und niedergeworfen haben, das werden die fremden Feinde vollends erledigen. Karolyi gedachte durch Verrat an dem deutschen Bundesgenossen den Kopf aus der Schlinge zu bringen. Er hat sich getäuscht. Wahrscheinlich wäre auch in der Nordstadt die sozialistische Herrschaft schon zu Ende, wenn die „Regierung Hoffmann“ mehr Schneid und Entschlossenheit zeigte. Ueber den Mangel an diesen Eigenschaften beim Bamberger Kabinett beklagt man sich in Bayern so sehr. Mit den 35 000 Mann, die nach der Angabe der Regierung östlich des Lech zusammengezogen sind, und die fortwährend Zugang erhalten, sollte es nach der Meinung der Bayern möglich gewesen sein, einen Schlag zu führen. Mag dem sein, wie ihm will, eine Entscheidung scheint unvermeidlich zu sein. Auch die Reichsleitung dringt darauf, denn sie kann nicht dulden, daß in den Tagen, wo ein für Jahrhunderte die Geschichte des deutschen Volks bestimmender Friede geschlossen werden soll, innere Herrlichkeit die Stellung dem äußeren Feind gegenüber gefährdet. Was die inneren Unruhen jetzt schon in der Zeit des Waffenstillstands dem deutschen Volk in der Wahrnehmung seiner Interessen gegen den rachsüchtigen Feind geschadet haben, das ist in Worten nicht zu fassen und läßt sich nie wieder gut machen. Jetzt soll es endlich einmal Ruhe geben. Die württembergische Regierung hat ihre Hilfeleistung für Bayern in einer amtlichen Erklärung begründet: sie habe sichere Beweise in Händen, daß die sofortige Ueberweisung des westlichen Süddeutschland durch den Bolschewismus gefährdet und eine allgemeine Erhebung beabsichtigt gewesen sei. Dem habe die Regierung zuvorzukommen müssen. Wenn die württembergischen Truppen nicht am Lech kämpfen, so hätten sie am Neckar den Kampf austragen müssen. — Ob der Kampf am Neckar nicht trotzdem noch kommen wird, kann man nicht wissen. Es soll diesmal auf eine Ueberwältigung durch die Spartakisten abgesehen sein. Die Regierung ist aber auch anders gerüstet als am 31. März. Die badische Regierung hat sich an der Expedition nach Bayern nicht beteiligt, offenbar wollte sie eigene Konflikte vermeiden.

Der Generalstreik im Ruhrgebiet und anderwärts flaut mehr und mehr ab, nur wenige Unentwegte harren noch aus in Ausbänd. Was die Arbeiter erreicht haben: den siebenstündigen Arbeitstag und eine allerdings nicht unbeträchtliche Lohnerhöhung, das wäre ihnen auch ohne Streik sicher gewesen. Dem steht aber der ganze Lohnerwerb über der Streikdauer gegenüber — und für die Allgemeinheit der schreckliche Mangel an Kohlen, die kein tausendfacher großer und kleiner Uebel. Was wir noch an Kohlen aufbringen konnten, das verzehren die Transportzüge der Polen durchs ganze deutsche Reich, und der übrige Eisenbahnverkehr schrumpft auf ein ungläubliches Minimum zusammen oder steht überhaupt still. Wer das hätte ahnen können! Selbstverständlich

muß darunter auch die Lebensmittelversorgung leiden. Bis zum Sped, das Pfund zu 6.50 M. werden wir es ja wohl bald gebracht haben, wann aber das teure und doch so ersuchte Mehl und die eintägliche Milch kommen, das ist noch nicht abzusehen, obgleich alles schon in Menge in den Sechsen lagert. Und wir brauchen sie doch so notwendig! Soll doch mit dem Eintreffen des Mehls das W-Brot endlich verbessert werden, indem weniger Meie hineinkommt und der Zusatz von Strohmehl ganz wegfällt — hoffentlich! Nur wer die Schnidat kennt, die ein Großstädter und Verbraucher des Waffensstillstandsbrots nach dem früheren W-Brot empfunden, wird das brennende Verlangen nach dem Amerikanermehl recht verstehen. Wenn nur die Kohlennot nicht wäre!

Herr Clemenceau schickte der Reichsregierung durch Vermittlung der deutschen Waffensstillstandskommission eine Einladung zum Abschluß des Vorfriedens auf den 25. April nach Versailles. Dabei ließ er sagen, die deutschen Bevollmächtigten haben nur den fertigen Vertrag entgegenzunehmen und im nötigen sich vorfristig mäßig zu benehmen. Auf diese unerhörte Zumutung wurde dem alten Tiger von Berlin aus die richtige Antwort gegeben. Wenn es nur darum ist, handle, ein Schriftstück abzuholen — so wurde nach Paris geantwortet — so genüge dazu ein Beistritzer, den man in Gestalt eines Beamten abgeben werde. Clemenceau machte schöne Augen. Also die Deutschen ließen sich doch nicht alles nehmen, wie er geglaubt hatte. Dann kam eine viel schärfere Einladung, diesmal allerdings nicht mehr von Clemenceau, der den passenden Ton wohl nicht gefunden haben würde, sondern von Marshall Foch. Und dieser Einladung wurde deutscherseits alsbald entsprochen mit der Bedingung, daß die deutschen Bevollmächtigten, deren Spitze Graf Brockdorff-Rantzau, der Reichsminister des Auswärtigen steht, als durchaus gleichberechtigt mit den Vertretern der übrigen Mächte zu gelten haben. Clemenceau ist geschlagen und er rümpf auf Raue. Vielleicht sind die neuesten Beschlüsse des Obersten Rats, die noch als Bedingungen in den Friedensvertrag eingeschneit sein sollen, sein Werk, nämlich: 1. kein Deutscher soll im Ausland Kriegsdienst nehmen dürfen (abgesehen von der französischen Fremdenlegion, die größtenteils aus Deutschen besteht); 2. Deutschland soll auf den Gotthardvertrag verzichten; 3. Deutschland verzichtet auf das Kaiser Wilhelmland. — Was den Gotthardvertrag anlangt, so hatte das Deutsche Reich seinerzeit zum Bau der Gotthardbahn, an der es wegen der unmittelbaren Verbindung mit Italien interessiert war, 24 Millionen M. beigeheuert und sich dafür einen gewissen Einfluß auf die Tarifgestaltung der Bahn vorbehalten. Das Geld wollen die Schweizer von heute behalten, aber das Mitbestimmungsrecht möchten sie los sein und die Schweiz hat bei der Friedenskonferenz schon vor Monaten ihre Wünsche vorgebracht. Jetzt mag vor Fochsichtung hat man sich der Angelegenheit erinnert und sie als ein weiteres Schädigungsmittel Deutschlands mit den übrigen verbunden. Das Geld ist hin, der Vertrag auch. Sei's drum; ändern werden wir es schwerlich können, denn das ganze Trachten Englands und Frankreichs geht doch darauf hinaus, Deutschland auf möglichst lange Zeit der wirtschaftlichen Freiheit und Selbstständigkeit zu berauben und in diesem System spielt die Tariffrage eine große Rolle. — Die Forderung des Verzichts auf das Kaiser Wilhelmland ist den Engländern gerade noch in letzter Stunde eingefallen. Wehe, wenn sie es vergessen hätten. Auf Veranlassung des Kaisers Wilhelm II. und mit Reichsunterstützung ging bekanntlich am 11. August 1901 eine deutsche Südpolarpedition unter Führung der Forscher Drygalski und Engensberger mit dem eigens erbauten Polarboot „Gauß“ von Kiel aus in See. Am 21. Februar 1902 wurde über die Merguelen die Küste eines bisher unbekannt, hohen, eisbedeckten Landes unter dem Polarcis erreicht, das die Entdecker Kaiser Wilhelm II. benannten. Dieses Land hat zu Kaiser Wilhelm und uns englische Land, wie dem England sich fast des ganzen Festlands um den Südpol bedient hat. Sehr wahrscheinlich bergen jene Polarländer große Schätze an Kohlen und Metallen, Grund genug für England, kein Nachsehen zu dulden. Wie ärgerlich, wenn Deutschland durch in Verlegen im Besitz der Eisstraße geblieben wäre! Haher hätte es wegen des verstärkten Bänderbunds schwer gehalten, den Lebensbühnen zu entsinnen. Man hätte ihn wahrscheinlich mit Geld abfinden müssen. Das ist jetzt rüvart, indem die „Polarcolonie“ Deutschland zusammen

mit seinen Tropenkolonien abgenommen wird. Diese verliert es, weil es angeblich seine schwarze Klientel so schlecht behandelt hat; — auf Kaiser Wilhelmstand hat man zwar noch keinen eingeborenen Menschen gefast, aber es wird den Engländern ein leichtes sein, den hohen Rat zu überzeugen; wenn es auf Kaiser Wilhelmstand Menschen gäbe, so würden sie von Deutschland ebenso geschunden werden, wie die Askari und die sonstigen schwarzen Völkern von den Deutschen geschunden worden sind. Also darf man das Land den Deutschen nicht lassen! Probaturum est.

Reichspräsident Ebert hat dieser Tage eine Vertreter der Pariser Zeitung „Temps“ empfangen und mit ihm über die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gesprochen. Dabei hat Ebert einen merkwürdigen Optimismus an den Tag gelegt. Er verspricht sich von der Errichtung der demokratischen Republik in Deutschland nach dieser Richtung die Folge, daß zwischen den beiden Völkern und Staaten ein gutes Nachbar- oder gar Freundschaftsverhältnis erwachsen werde. Damit wird es aber für absehbare Zeit keine guten Wege haben, dafür haben die Franzosen schon gefordert. Sie werden 15 Jahre lang das linke Rheintal besetzt halten und in der Zeit eine eifrige Romanisierung des Landes betreiben, die vermutlich nicht zur Anhahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses dienen wird. So lange in Frankreich der krause Kapitalismus herrschend bleibt, ist wohl auch keine Änderung in der französischen Machtpolitik zu erwarten. Der Reichspräsident wird sich vielleicht in den Franzosen ebenso täuschen, wie Karolyi sich in ihnen getäuscht hat.

In Ägypten und Indien gärt es weiter. Der Mißbrauch, den England mit den aus beiden Ländern ausgehobenen Truppen und Stappensarbeitern auf dem französischen Kriegsschauplatz getrieben, hat unter der Bevölkerung eine große Erregung hervorgerufen, die begreiflich ist, wenn man hört, daß von 800 000 zwangsweise eingestellten ägyptischen Stappensarbeitern 400 000 dem Klima und anderen Kriegseinwirkungen zum Opfer gefallen sind. Die Bewegung ging — nach den englischen Berichten — ursprünglich von der mohammedanischen Bevölkerung aus und soll sich gegen die Unterdrückung der Türken und des türkischen Kalifats gerichtet haben. Indessen haben sich in Ägypten die indischen Christen und in Indien die buddhistischen Hindus mit den Mohammedanern vereinigt, und das beweist, daß man es nicht bloß und nicht hauptsächlich mit einer religiösen Bewegung zu tun hat. Vielmehr dürfte es sich um einen Versuch handeln, das engliche Joch überhaupt abzuschütteln, woran Mohammedaner, Kopten und Hindus nicht weniger interessiert sind.

### Politik und Kriegführung.

Der frühere Generalquartiermeister im Generalkstab des Feldheers, General v. Frentag-Voringhoven, hat sein bekanntes Buch „Krieg und Politik in der Neuzeit“ neu bearbeitet und die Neuausgabe ist kürzlich bei Müller und Sohn in Berlin erschienen. In einem neuen Schlußkapitel, das vor dem Ausbruch der Revolution geschrieben ist, wird der Weltkrieg behandelt.

Wer die Dinge nur von politischer Warte aus überblickt, der möchte es bezweifeln, ob die Heeresleitung sich immer genügend bemüht gewesen ist, daß sie in erster Linie gegen das britische Weltreich Krieg zu führen hatte. Die Zweifel aber, ob der Krieg immer mit voller Einschätzung der gefährlichsten Gegnerschaft geführt worden sei, sind nie berechtigt gewesen, als im Februar 1916. Und auch, wenn die Heeresleitung überzeugende Gründe für die Wendung gehabt hat, die sie dem Kriege damals gab, so ändert das nichts an der Tatsache, daß eben diese Wendung uns zu der hoffnungslosen Ermattungsstrategie gegen unsere Hauptgegner führte, woran der Krieg für uns verloren gegangen ist. General v. Frentag faßt bei Betrachtung des kritischen Zeitpunkts, an dem Ausbruch von Kriegen an, aufeinander zu, mit einem Anknüpfen an Ägypten, dem Försterhäuschen bei Suez zwischen Europa und Asien, dem Brückenloos zwischen Asien und Afrika. — und sagt seinerseits hinzu: „Die britische Welt war zernichtet, in Weltteilen zu denken. Im fernen Osten war sie durch das Bündnis mit Japan gesichert. Am haben



Orient war der Krieg für sie von höchster Bedeutung. Die Richtung, die an ihr festhielt, hat daher auch die Oberhand behalten über die, im Hinblick auf die Lage in Frankreich erhobenen Bedenken, daß dadurch eine Schwächung auf dem entscheidenden Kriegsschauplatz herbeigeführt würde. Eine solche nahm das englische Kabinett zugunsten des britischen Ansehens im Orient bewußt in Kauf.

Mit anderen Worten: vom englischen Standpunkt aus war der Kriegsschauplatz in Frankreich so lange nicht der entscheidende, als die Möglichkeit eines Angriffs auf Ägypten bestand. In der Erhaltung der Verbindung zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean, zwischen Ägypten und Syrien-Mesopotamien lag für England die Entscheidung. Als wir, anfangs 1916, nach Siegen durchgeführtem jüdischen Feldzuge, vor Salomik haltmachten; als wir in der zweiten Februarhälfte den Angriff auf Verdun eröffneten und dort unsere gesamten Kräfte über die Festung setzten; da ist den leitenden Staatsmännern Englands der schmerzliche Stein vom Herzen gefallen. Denn da wußten sie, daß England den Krieg wenigstens nicht verlieren würde. Denn selbst wenn der Angriff auf Verdun gelungen und Frankreich darüber zusammengebrochen wäre, hätte England immer noch auf Frankreichs Kosten Frieden schließen können; es selbst wäre in den Würden seiner Kraft unberührt geblieben.

Wir konnten den Krieg gegen England nur gewinnen, wenn es uns gelang, gegen eine lebenswichtige Stelle des britischen Weltreichs angriffsweise vorzugehen; blieben wir darauf beschränkt, uns gegen das weltumfassende Reich nur zu verteidigen, so war die Gefahr nicht zu bannen, von ihm erdrückt und erstickt zu werden. Tödliche Angriffe auf das Herz des Reichs, auf London und die britische Insel, waren mit unseren Nachmitteln zur See erfolgreich nicht durchzuführen. Der Landkrieg traf den Wirtschaftskörper des Weltreichs zwar empfindlich, aber doch nur an der Außenhaut. Aber als Nachrichten mit 500.000 Mann siegreich vor Salomik stand, da schien sich eine Möglichkeit zu eröffnen, den Krieg von Deutschlands stärkster Waffe, seinem Landheer, in das britische Weltreich hineintragen zu lassen. Wenn wir es übernehmen könnten, Konstantinopel und die Dardanellen zu schützen und den türkischen Feldzug gegen Ägypten mit allem Nachdruck zu organisieren, dann hätten wir es fertig gebracht, der britischen Seemacht zum Trotz, den Krieg angriffsweise gegen unsern Hauptfeind, das britische Weltreich zu führen. Wenn wir den siegreichen Feldzug nach Südosten abbrechen und die Türkei sofort als Nebenkriegsschauplatz behandeln mußten, dann war Kut-el-Amara im voraus verurteilt, ein Pyrrhus-Sieg zu bleiben, den England ernstlich nie zu fürchten hatte. Hätten wir den serbischen Feldzug so beschleunigen können, daß wir anfangs 1916 in der Lage waren, den Angriff auf Ägypten vorzutreiben — der Krieg hätte darum vielleicht noch nicht mit unserm vollen Siege, aber er hätte schwerlich mit unserer Niederlage geendet.

Die entscheidende Frage ist: Hätten wir das tun können? Man hat gesagt, der Inhalt bei Salomik sei aus dynastischen Rücksichten auf den griechischen König gesehen. Das wäre ein Verschulden, wofür es ein Verzeihen nicht gibt. Eine andere Frage ist es aber doch, ob wir imstande gewesen wären, Griechenland zu besetzen — denn das wäre, zur Seitendebatte, wohl unerlässlich gewesen —, die Türkei mit Truppen und Kriegsgeschütz ausreichend zu versehen und die Fronten gegen Frankreich — Italien im Westen und Rußland im Osten so zuverläßig zu halten, daß die endlose Verbindungslinie Berlin — Wien — Belgrad — Sofia — Konstantinopel — Rom — Adana — Aleppo — Damaskus — Jerusalem keinerlei Schwächen ausgelegt gewesen wäre.

Die Frage kann nur die Militärkraft entscheiden, und voraussetzlich auch dann erst, wenn ihr bessere Unterlagen von beiden Seiten zur Verfügung stehen, als jetzt zu haben sind. Auch ein Krieg, der von vornherein nicht zu gewinnen war, mußte nicht unter allen Umständen verloren, jedenfalls nicht so verloren werden, wie wir ihn verloren haben. Möglich übrigens, daß schon der unschlüssige Wille, den Angriffskrieg ins britische Weltreich hineinzutragen, Wunder gewirkt hätte, und daß nur die Ungewohntheit, „in Erdteilen zu denken“, uns dem Vorurteil befangen hielt, der Krieg auch gegen ein Weltreich müsse durchaus auf dem Boden des europäischen Festlands entschieden werden. Jedenfalls kam die politische Kritik hier nur den entscheidenden Wendepunkt feststellen und das Entweder-Oder formen: entweder hat die Heeresleitung anfangs 1916 den Krieg nicht in das britische Weltreich hinaustragen wollen, dann hat sie nicht begriffen, was ein Krieg gegen England bedeute; oder sie hat ihn nicht hinaustragen können, dann ging der Krieg gegen das britische Weltreich, im Rahmen des Weltkriegs, eben von vornherein über unsere Kraft. Denn schließlich haben Frankreich und Italien im Krieg nur ausgetreten, sind Rumänien und Amerika in den Krieg nur eingetreten, weil das britische Weltreich die Kräfte von 1916 erschloß und siegreich überstanden hatte.

## Neues vom Tage.

### Harde Bedingungen.

Berlin, 26. April. Der „Deutschen Allg. Ztg.“ wird aus Haag gemeldet, daß die Finanzverhandlungen Deutschlands mit den Neutralen bisher zu keinem Ergebnis geführt haben. Die niederländischen Finanzleute sehen in einer sogenannten Kreditanleihe von etwa einer Milliarde Mark, die Mark zu 60 Cents (96 Pfennig) gerechnet, den einzigen Weg, aus den Schwierigkeiten herauszukommen, die die Folgen des Kapital- und Kreditmangels in Deutschland seien.

### 30 Millionen gestohlen.

Berlin, 26. April. Wie die „B. Z.“ meldet, sind bei den letzten Spartakistenunruhen in Spandau aus dem Juliusburger 30 Millionen Lei, die in Kisten verpackt waren, geraubt worden. Jede Spur über den Verbleib des Geldes, das vom Wirtschaftsamt

für Rumänien nach der Räumung des Landes durch die deutschen Truppen hierher gebracht worden ist, fehlt. Die Summe bestand zur Hälfte aus alten rumänischen Lei-Knoten, zur anderen Hälfte aus deutschen, die während der Besetzung Rumäniens von der deutschen Regierung ausgegeben worden sind und die gegenwärtig keinen Kurs mehr haben.

### Der Generalkrieg.

Gießen, 26. April. Wie der Bergbauverein mitteilt, fehlten in der gestrigen Mittagschicht 39.335 Bergleute gegen 51.727 gestern.

Hamburg, 26. April. Wegen Kohlenmangels mußten in Hamburg, Altona und Eppendorf etwa 35 Frischdampfer auflegen.

Hamburg, 26. April. Letzte Nacht wurde die Reue durch Traherhaue und eine Postenlinie von 1500 Mann gesperrt. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen und viele Waffen, Munition und gestohlene Sachen beschlagnahmt.

Hamburg, 26. April. Im Hafen sind vier deutsche Dampfer aus Skandinavien mit Papier und Papiermasse eingetroffen.

Berlin, 26. April. Der „Voss. Zeitung“ geht aus Kattowitz die Nachricht zu, daß der Generaldirektor der Vereinigten Königs- und Laurahütte den Arbeiter- und Beamtenausschüssen mitgeteilt habe, sie hätten die Schließung der Betriebe bis zum 30. d. M. vorzubereiten.

### Die vierte Revolution in München.

München, 26. April. Zusammenkünfte werden nur für Werbezwecke der Spartakisten gebildet. Die Straßen liegen in tiefem Schmutz. Die Kassen sind geschlossen. Die Hausdurchsuchungen, die als Vorwand zu Plünderungen und Erpressungen dienen, dauern an. Offiziere, die sich von Spartakisten anwerben lassen, bekommen 15.000 Mark Handgeld und ein Monatsgehalt von 3000 Mk. Unteroffiziere ein Handgeld von 3000 Mk. und 1000 Mk. Monatsgeld. Es wird befürchtet, daß am 1. Mai in Nürnberg der Anschluß an die Räterepublik in München proklamiert werden wird.

Bamberg, 26. April. Ein aus München entkommener demokratischer Politiker erzählt, daß Graf Arco, der Mörder Eisners, von sozialistischen Soldaten umgebracht worden sei. Der bei dem Landtagsantritt schwer verwundete Minister Auer, der bereits wieder gehen kann, habe die Klinik verlassen, da sein Leben ebenfalls bedroht war. Der frühere Kriegsminister A. S. Haupter sei aus München geflohen und in Bamberg eingetroffen.

Augsburg, 26. April. Mit dem Abtransport der Nittensbergischen Truppen wurde begonnen. In Augsburg bleiben bis zur Übernahme der Stäbelerung durch verlässliche Stadtwacht so viele Regierungstruppen zurück, daß die Ruhe der Stadt unbedingt gesichert ist.

### Gespannte Lage in Nürnberg.

Nürnberg, 26. April. Das Kommando des 3. Bayer. Armeekorps veröffentlicht folgende Erklärung: In einer am 25. April in Herkulesvelodrom abgehaltenen Versammlung wurde von einer Minderheit beschlossen: 1. Vom Kommando des 3. A. K. zu fordern a) daß der Belagerungszustand aufgehoben wird, b) daß die jetzigen Machthaber des Kommandos abgesetzt und zur Verantwortung gezogen werden, c) daß die Pressezensur aufgehoben wird, d) daß die gegen München marschierenden Truppen sofort zurückgezogen werden; 2. Wenn Oberkommando anzufragen, wie viel Persönlichkeiten in den letzten Tagen verhaftet worden seien. Darauf gibt das Kommando in aller Offenheit folgende Antwort: Die gestellten Forderungen werden nicht erfüllt. Alle Maßnahmen des Kommandos stützen sich auf den festen Willen der hinter ihm stehenden Soldaten, Arbeiter, Bürger und Bauern. Sie zielen zum Schutze der Regierung, Hofmann und geistlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande. Eine Pressezensur hat im Nordbereich niemals bestanden. Die erfolgten Verhaftungen sind begründet und werden aufrecht erhalten.

Nürnberg, 26. April. Das Generalkommando richtet sich auf eine hartnäckige Verteidigung ein. In Gerolsberg, einem hochgelegenen Vorort Nürnbergs, wurde eine Reihe leichter Geschütze eingebaut. Aus den nordbayerischen Garnisonen sind Truppen eingetroffen. Sämtliche Truppen liegen nicht in der Stadt.

### Koste Oberbefehlshaber.

Stuttgart, 26. April. Das Kriegsministerium teilt mit: Die Lage bei den in Bayern verwendeten württembergischen Truppen ist unverändert. Der Oberbefehl über sämtliche Truppen, die gegen die Spartakisten in München operieren, hat im Einverständnis mit der württembergischen und bayerischen Regierung der Reichswehrminister Koste übernommen. Ueber München liegt folgende Nachricht vor: Die Stärke der roten Armee wird auf 30.000 bis 60.000 Mann geschätzt, von denen die Mehrzahl nur als Milizler anzusehen sind. Die hohe Zahl der Milizler erklärt sich dadurch, daß die Erwerbslosenunterstützung von der Spartakisten-Regierung nur an waffentragende Anhänger ausgegeben wird. Die Zahl der kampfunfähigen Truppen wird auf 12.000 Mann bei den Spartakisten geschätzt. Die Bürger Münchens sollen Brot in ausreichender Menge, doch keine Kohlen erhalten.

Berlin, 26. April. Die Regierung Hoffmanns hat von der Reichsregierung weitere Hilfe erbeten. Wie verlautet, wird eine ganze Division nach Bayern abgehen.

### Der Tiroler.

Wien, 26. April. Aus der Note Wilsons über die adriatische Frage geht hervor, daß Wilson mit der Beteiligung Tirols bis zum Brenner durch die Italiener einverstanden ist. Der Deutsch-Tiroler, namentlich in Südtirol, hat sich deshalb eine große Erregung bemächtigt. Eine Tiroler Abordnung erhielt in Paris den ausweichenden Bescheid, daß über Deutsch-Tirol von der Friedenskonferenz noch keine Beschlüsse gefaßt seien.

### Vollstetwistische Umtriebe.

Wien, 26. April. Die „Volkszeitung“ erfährt, daß gestern in der Wiener Bank ein Kasse bei Abhebung eines Schecks auf eine größere Summe verhaftet wurde. Man fand bei ihm für mehrere Millionen Rubelnoten, sowie vollständig ausgearbeitete Pläne zur Organisation einer bolschewistischen Revolution in Wien und Paris. Der Plan für Paris wurde dem französischen Besandten übergeben.

Budapest, 26. April. Viele ehemalige Abgeordnete, sowie eine Anzahl Schriftsteller, Journalisten und Bankdirektoren sind verhaftet worden, darunter der frühere Ministerpräsident Graf Moriz Esterházy und der Dichter Franz Rozsoga.

### Der Krieg im Osten.

Berlin, 26. April. Nach einer Wiener Meldung des „Berl. Volant.“ meldet „Abver.“ daß französische Truppen im Anmarsch gegen Kaschau sind und die Verbindung mit rumänischen Truppen bereits hergestellt haben.

### Von der Friedenskonferenz.

London, 26. April. Nach dem „Daily Telegraph“ wird ein Auszug des Vorfriedensvertrags den Pressevertretern in Paris in französischer und englischer Sprache vorgelesen, was je 90 Minuten in Anspruch nehmen werde.

Paris, 26. April. Nach den Pariser Blättern beansprucht Frankreich das Recht, in den Kohlenwerken des Saargebietes schweizerische und afrikanische Arbeiter zu verwenden.

London, 26. April. Die „Morningpost“ berichtet, an der Londoner Börse werde die Aufhebung der allgemeinen Modade erst für Ende Mai erwartet.

### Der italienische Streit.

Rom, 26. April. Als der Sonderzug, mit dem Ministerpräsident Orlando reiste, die italienische Grenze überfahren hatte, brachte ihm die italienische Bevölkerung begeisterte Kundgebungen dar. Orlando wird sich sofort zum Abzug begeben und darauf einen Ministerrat abhalten. Die italienischen Grenzen sind gesperrt, was auf militärische Maßnahmen schließen läßt, die sich gegen Trieste und die Jugoslawen richten sollen.

Rom, 26. April. Die Zeitungen melden, daß unter den alliierten Offizieren und Mannschaften folgendes Manifest verteilt werde: Das italienische Volk bezeugt von neuem seine Sympathien für das amerikanische und das französische Volk und läßt die Angehörigen der alliierten Nationen, die sich in Rom aufhalten, ein, an der Kundgebung teilzunehmen, die anlässlich der Ankunft der italienischen Delegation in Rom stattfinden wird.

Rom, 26. April. Gestern fanden hier Massenkundgebungen zugunsten der italienischen Adriafororderungen statt.

Der amerikanische Botschafter in Rom soll den Rücktritt von seinem Posten erklärt haben, weil er, wie „Stafia“ meldet, den Standpunkt Wilsons mißbilligt.

Paris, 26. April. Präsident Wilson hat nach einer Schweizer Meldung Orlando mitteilen lassen, er bedaure den Streit, aber er sei nicht überlassen, da die Vertreter Italiens schon seit mehreren Tagen mit dem Abbruch der Verhandlungen gedroht haben, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Das sei aber ohne Verletzung der von allen Mächten anerkannten 14 Punkte nicht möglich. Wilson gebe zu, daß die politische Lage Italiens ernst sei. Frankreich und England seien durch ein Londoner Geheimverhandeln die Billigung der italienischen Ansprüche gebunden. Wilson wolle aber nicht an einen offenen Kampf zwischen Italien und den Jugoslawen glauben. Sollte es doch dazu kommen, so werden die Vereinigten Staaten nicht eingreifen. Er wolle aber darauf hin, daß Italiens Politik von seinen Verbündeten und in seiner Lebensmittelversorgung und in den Finanzen besonders von Amerika abhängt.

Paris, 26. April. Mit Ausnahme des „Journal des Debats“ ergreifen alle bürgerlichen Zeitungen in Paris Partei für Italien und der seither nur schlecht unterdrückte Groll gegen Wilson kommt offen zum Ausdruck.

Bern, 25. April. Eine Washingtoner Meldung des „Progres de Lyon“ berichtet, daß man in östlichen Kreisen einen Abfall Frankreichs und Englands von Wilson nicht für wahrscheinlich hält. Falls Sonrino gestürzt werde, erwartet man, daß Italien neue Bevollmächtigte nach Paris entsenden werde.

Lyon, 26. April. „Progres de Lyon“ meldet aus Paris, die Japaner machten ernstliche Anstalten für den Abbruch der Verhandlungen und zur Abreise aus Paris. Der Demonstrationsbefuch ihrer Flotte in Genua sei ein heftiger Wink an die Adresse Amerikas.

Paris, 26. April. (Havas.) An der Abfassung der Friedenspräliminarien wird eifrig gearbeitet. Die Friedensbedingungen dürften von den deutschen Delegierten zuerst an die Regierung weitergeleitet werden, die sie überreicht der Nationalversammlung vorlegen wird. Diese wird voraussichtlich die Verantwortung für die Unterzeichnung oder für die Ablehnung nicht auf sich nehmen wollen, sondern dem Lande Gelegenheit geben, sich durch eine Volksabstimmung auszusprechen. Es ist übrigens nicht ausgeschlossen, daß die Entscheidung zu Gunsten der Annahme der Bedingungen ausfällt. Diese Formalität wird indessen rasch erfolgen, spätestens 14 Tage nach Mitteilung des Textes an die Deutschen.

Rom, 26. April. (Stefani.) Das „Giornale d'Italia“ sagt, daß unverzüglich zahlreiche Abgeordnete einreisen und die anderen ihnen bald folgen werden. Man könne jetzt schon versichern, daß das Parlament bereit sei, durch eine einmütige Vertrauensabstimmung die Haltung der aus Paris zurückgekehrten Staatsmänner Italiens zu billigen.



# Baden.

(-) **Karlsruhe**, 26. April. Seit einiger Zeit ist hier im Hauptbahnhof eine Zweigstelle der Generaldirektion der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen unter dem Namen „Reichseisenbahnzweigstelle Karlsruhe (Baden)“ eingerichtet worden, die sich in der Hauptsache mit der Bearbeitung aller Angelegenheiten, die mit der Abfertigung der Reichseisenbahnbeamten und Arbeiter deutscher Abstammung aus Elsaß-Lothringen mit ihrer künftigen endgültigen Unterbringung usw. beschäftigt.

(-) **Karlsruhe**, 26. April. Die Obermeister der badischen Fleischerinnungen hielten hier eine sehr zahlreich besuchte Versammlung ab, in welcher auch die Innungen anderer Gewerbeberufe vertreten waren. Gegenstand der Beratungen war die Kommunalisierung der Lebensmittelgewerbe und insbesondere des Fleischergewerbes, wie sie in dem von der Sozialisierungskommission entworfenen Rahmengesetz vorgeschlagen wird. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde gegen die Kommunalisierung der Lebensmittelgewerbe und gegen dieselbe geltend gemacht, daß bei der beschränkten Zahl der Verkaufsstellen die Verbraucher ihren Bedarf nur unter vielen Unbequemlichkeiten und großem Zeitverlust decken könnten, daß sich infolge unfachgemäßer Behandlung die Qualität des Fleisches und der Fleischwaren verschlechtern würde, daß aber gleichwohl infolge der wesentlichen Verteuerung der Herstellungskosten die Preise ganz erheblich in die Höhe gingen.

Der Vorstand der Handelskammer Karlsruhe beschloß einstimmig, gegen den geplanten Kommunalsozialismus scharfen Einspruch zu erheben und den in öffentlichen Versammlungen von Handwerk und Gewerbe gegen die Sozialisierungsbestrebungen erhobenen Widerspruch kräftig zu unterstützen.

(-) **Bretten**, 26. April. Der Gemeinderat beschloß den Bau von drei Doppelwohnhäusern und zwei Kleinwohnhäusern mit zusammen 24 Wohnräumen.

# Württemberg.

(-) **Stuttgart**, 26. April. (Ertragssteuer-gesetz.) Der Abgeordnete Hiller und die weiteren Mitglieder der Bürgerpartei und des Bauernbundes haben folgenden Antrag eingebracht: Die Landesversammlung möge beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, den Entwurf eines Reichs-Kapitalertragssteuergesetzes nur unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß Württemberg für den Ausfall an Kapitalsteuer für den Staat und für die Gemeinden dauernd vollen Ersatz aus der Reichskasse erhält.

(-) **Stuttgart**, 26. April. (Städtische Kerner.) Der bisherige Vorstand der Milchabteilung beim Lebensmittelamt, Dr. Karl Göser, Konrad Hauptmanns Schwiegersohn, ist zum Vorstand des städtischen Lebensmittelamtes, Dr. E. Keßner, bisher Vorstand der Kranfabrikation, zu seinem ständigen Stellvertreter ernannt worden.

(-) **Stuttgart**, 26. April. (Dividendenlos.) Die Robert Bosch A.-G., Stuttgart, wird, wie wir hören, nicht in der Lage sein, eine Dividende zu verteilen.

(-) **Stuttgart**, 26. April. (Schubpol.) Im Verlauf einer Untersuchung wegen Goldschmelzung ist es gelungen, in Stuttgart 5 kg. Feingold in Barren zu beschlagnahmen und der Reichsbank zuzuführen. Das Gold war im Schleißhandel zu märchenhaften Preisen ausbezahlt worden. — In Göppingen wurde für etwa 40.000 Mk. Wolle in Barren beschlagnahmt, das unter der Hand in den Handel gebracht wurde.

(-) **Stuttgart**, 26. April. (Die Russen in Ulm.) Mitglieder der Deutschen demokratischen Partei haben folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: Es besteht in der Bevölkerung eine lebhafteste Beunruhigung darüber, daß in Ansehung der Zustände in Bayern sich immer noch eine große Anzahl russischer Gefangener in Ulm befindet. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um diese Gefahr zu beseitigen?

(-) **Stuttgart**, 26. April. (Bubenreich.) Auf dem abends 7 Uhr von Böblingen nach Stuttgart kommenden Zug ist beim Kriegsbergertunnel ein Schub abgefeuert worden. Spitzer der Fensterheben verletzten einen Knaben im Gesicht.

(-) **Badung**, 26. April. (Vereitelte Versammlung.) Ein militärischer Vertreter der Regierung, Hauptmann Vichtenberg, hält hier seit einiger Zeit vertrauliche Besprechungen über die Bildung einer Sicherheitstyppe ab. Nun sollte eine größere Versammlung abgehalten werden. Dazu hatten sich aber so viele Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie eingefunden, daß die Versammlung wieder geschlossen werden mußte.

(-) **Kalen**, 26. April. (Ein wertvoller Fang.) Die hiesige Nebenstelle der Schubpol hat hier während der Osterfeier eine Eisenbahnwagen voll Schnaps im Wert von 80.000 Mk. beschlagnahmt.

(-) **Ulm**, 26. April. (Vom Rathaus.) Die städtischen Kollegien haben einen Lohnervertrag mit den städtischen Arbeitern genehmigt, der 470.000 Mk. Mehrausgaben verursacht. Darnach erhalten die Arbeiter 1. Klasse 10,40—12,40 Mk., 2. Klasse 9,60—11,60 Mk., 3. Klasse 9—11,20 Mk., 4. Klasse 6—7,50 Mk., 5. Klasse 5—6 Mk. Für Ueberstunden werden bei Tag 40 Prozent, bei Nacht 80 Prozent Zuschlag vergütet, für Sonntagsarbeit 80 Prozent, für Feiertagsarbeit 100 Prozent. Ferner wurden die Mittel zum Bau von Arbeiterwohnhäusern mit 112 Wohnungen bewilligt. Die Kosten haben sich in wenigen Wochen von 1 1/2 auf 2 1/4 Millionen Mark erhöht. Wegen der Schwierigkeit der Versorgung mit Lebensmitteln und wegen der Verleschungen haben die städtischen Kollegien beschlossen, die Sommermesse in der ersten Juniwoche ausfallen zu lassen.

# Württemberg. Landesversammlung.

**Stuttgart**, 25. April.  
An der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Verfassungsgesetzes.  
Ohne Erörterung wird ein Antrag Hieber (D.D.P.): „Teilnehmen sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet; der Festgenommene muß binnen 24 Stunden über den Grund der Festnahme unterrichtet und vernommen werden“ angenommen.  
Der Abg. Bagille (B.P.), beantragt, in die Verfassungs-Urkunde eine Bestimmung aufzunehmen, die Regierung möge Maßnahmen treffen gegen die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch Mißbrauch von Kunst und Wissenschaft. Abg. Hauptmann (D.D.P.), Gähring (S.) und Kultminister Hermann wenden sich gegen den Antrag, der in namentlicher Abstimmung mit 66 gegen 50 Stimmen (S. und B.P.) abgelehnt wird.

Bei dem Abschnitt über Eigentum und Gemeinwirtschaft beantragt Abg. Bagille (B.P.) u. Gen. Hatt. Entschädigung zu sagen: volle Entschädigung. Abg. Strobel (B.P.) beantragt namentliche Abstimmung, der Antrag wird mit 75 gegen 50 Stimmen (S. und B.P.), ebenfalls abgelehnt.  
Der Abg. Bagille (B.P.) beantragt, den § 17 Abs. 1 zu streichen der folgenden Inhalt hat: „Die Vergegenständlichung (Sozialisierung) der Wirtschaft nach den Bestimmungen dieser Urkunde und nach dem Stand ihrer Entwicklung ist Aufgabe des Staates und der sonstigen öffentlichen Körperschaften.“ Abg. Bagille (B.P.) als der Sozialismus aufstand, zeigte er bereits zwei Ansichten. Auf der einen Seite predigt er die Verdrängung der Kirche durch die Sozialisten auf eine große Zukunft. Bis jetzt haben wir nur die erste Seite erlebt. Es ist kein Zweifel, daß es dabei bleiben wird. Da von Zentrum ein neuer Antrag eingebracht wird, so wird die Beratung über diesen Gegenstand auf morgen vertagt.  
Das Zentrum beantragt, die Patrone des Staats- und der staatlichen Anstalten anzuknüpfen soweit diese nicht nachweislich an privatrechtlichen Dingen verhält. Abg. Dr. Sproll (S.): Der Antrag gibt der Kirche ein Stück der Freiheit zurück, die sie von Anfang an hatte und die sie haben muß. Ministerialrat Dr. Mering. Die Regierung ist mit dem Antrag einverstanden.

Das Zentrum beantragt weiter: „Die übrigen Patrone werden von den Kirchen gelehrt.“ Der Zentrumsantrag wird gegen die Stimmen der U.S.P. angenommen.  
Nach einer von allen Parteien unterzeichneten Antrag dürfen Gemeinden nur Anlageneingänge vom Staat nur durch Gehör, Rechte entzogen oder neue Pflichten und Lasten auferlegt werden.  
Abg. Schott (B.P.): Wir erheben nachmals unsere wachsende Stimme das parlamentarische System einzuführen, des den jetzigen Zeitverhältnissen am meisten entspricht. Abg. Dr. o. Hieber (D.D.P.): In den Verträgen haben wir eine jauchende Betätigung der Regierung. Wir erheben es uns, wie ob die Bürgerpartei allein die Schäden des parlamentarischen Systems erkannt habe. Nach das konstitutionelle System des alten Regimes hat seine großen Nachteile gehabt. Es ist ungeschieden v. Blum: Die Erste Kammer ist ein für allemal abgeschafft. An ihre Stelle ist die Schaffung von Berufsorganisationen in Aussicht genommen.

Mitglieder der Deutschen demokratischen Partei des Zentrums und der Sozialdemokratischen Partei den Antrag: Die Landesversammlung möge beschließen alle Vorarbeiten einzustellen, um in Württemberg die Grundlagen für die republikanische Durchföhrung der Bestimmungen von Verfassung und Verfassungsräten im Sinne der Reichsverfassung zu schaffen, insbesondere in Württemberg für einen Landeswirtschaftsrat, aufzubauen auf die Vertretung der Arbeiterkräfte.

Abg. Andre (S.): Wenn wir für die Resolution stimmen, dann wollen wir damit nicht sagen, daß wir die politische Tätigkeit der Arbeiterkräfte anerkennen; diese Kräfte müssen so bald wie möglich verschwinden.  
Die Resolution wird gegen die Stimmen der Bürgerpartei angenommen.  
Der Abgeordnete hat verschiedene Anträge gestellt, die den Gehalt der Beamtenbetriebe betreffen. Abg. Graf (S.): Wenn wir glücklich über die Resolution hinweggekommen sind, so haben wir das vor allem den Beamten zu verdanken, die ihre Pflichten abgeben von Politik unbeeinträchtigt erfüllt hat. Abg. Bagille (B.P.): Im Krieg hat sich gezeigt, daß kein Volk der Welt ein besseres Beamtenverhältnis hat als das deutsche. — Der Abgeordnete zieht einen Teil seiner Anträge zurück, behält aber folgenden aufrecht: „In den Staatsämtern, die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten voraussetzen, werden nur Personen zugelassen, die ihre Fähigkeit hierzu in einer allgemeinen, vom Staatsministerium vorgeschriebenen Prüfung nachgewiesen haben; Annahmen kann das Staatsministerium zulassen; sie sind dem Landtag mitzuteilen.“

Nach Ausführungen des Abg. Witz (D.D.P.) bemerkt der Abg. Keil (S.): Die Beamtenbetriebe braucht keinerlei Beförderungen zu geben; jeder normal geprüfte Beamte kommt an seine Stelle; es wäre aber bedenklich, wenn man keine Ausnahmen zulassen würde. Die Abg. Gröber (S.), Hieber (D.D.P.) und Fischer (S.) beantragen: Die durch Anstellung erworbenen Rechte der Beamten können diesen nur durch ein Gesetz entzogen werden zu dem eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Der Antrag Bagille, die erledigten Stellen zur Bewerbung auszuscheiden, wird abgelehnt, der Antrag Gröber-Hieber-Fischer angenommen und der oben erwähnte Antrag Bagille über die Beförderung der Staatsämter mit 92 gegen 21 Stimmen (B.P.) abgelehnt. Nächste Sitzung Samstag 9 Uhr.

Die Landesversammlung hat eine Entschließung betr. unentgeltlichen Besuch der Volks- und Fortbildungsschule für unbemittelte Schüler einstimmig angenommen.  
(-) **Stuttgart**, 26. April. (Nachtragssatz.) In einem dritten Nachtrag zu dem Finanzgesetz für das Rechnungsjahr 1918 werden für die Deckung der Kosten der Wagen 200.000 Mk. und für die Deckung der staatlichen Zinsen zur Bewilligung von zweifachen Hypotheken an Kleinwohnungsbauten überkommene Bürgerhaushaltsschulden 1.000.000 Mk., zusammen 1.200.000 Mk.  
Für außerordentliche Zuwendungen für Beamte und Staatsarbeit: infolge der Teuerung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1918 verlangt der 4. Nachtragssatz 138 Mill. Mk. davon 12 Mill. für Staatsbeamte, Geistliche, Lehrer und Arbeiter, 18 Mill. für im Ruhestand befindliche Personen bzw. Witwen und Waisen und für invalide Arbeiter. Die Teuerungszulagen betragen 40 bis 80 Mk. monatlich, die Zulage für jedes Kind 30 Mk., die Wohnungszulagen 26 und 50 Prozent des planmäßigen Wohnungsgelds. (Die Art. 250-Zulage vom 1. Oktober 1918 erforderte 31.422.000 Mk., die vom 1. Dezember 35 Mill. Mk.)

**Auf die Wildbader Briefe.**  
Auf die freundliche Einladung des Verfassers dieser Briefe, vom Panoramamaus aus einen Blick ins idyllisch-friedliche Städtchen zu werfen und ihm dabei die Freundschaftshand zu drücken, kann ich ihm mitteilen, daß ich den Stieren schon dort oben stand und meinen Gedanken Audienz gab. Es ist nun aber ein großer Unterschied zwischen dem Gedankengang eines Säiten, Reichen, Wohlverfertigen, und dem eines halb ausgehungerten, reinen ganzes Leben lang um seine und seiner Familie Existenz ringenden Proletariats. — Während der erstere alles in rosigem Lichte sieht, grübelt der andere z. B. darüber nach, ob es denn gar so etwas Viereddes wäre, wenn die doch wohl samt und sonderb steinernen Masten der Hotels Klump und Quellenhof, um der Wohnungsnot in Wildbad zu steuern, etwas Raum schaffen würden in ihren großen Palästen. Dieselben stehen ja doch noch längere Zeit zum großen Teil leer. Freilich,

ein paar Küchen müßten eingerichtet werden. Man könnte ja Beamte hincinnehren, deren seitherige Wohnungen dann für Kinderbewittelte frei würden. Auf diese Weise säme man dann auch glücklich an dem so gefürchteten Armeleuten-geruch vorbei. Der Knoblauchgeruch der Juden ist zwar kaum besser als der Armeleuten geruch, allein er ist eben zugleich der Geruch des Geldes, findet also mehr Gnade und Nachsicht. — Und wie wäre es, wenn die Stadt eine größere Milchviehwirtschaft für die Einwohnerschaft etwas droben im Tal anlegen und einem tüchtigen Verwalter und Schweizer übertragen würde? Hierin läge eine große Wohlthat für die mildarme Einwohnerschaft, und obendrein wäre dies ohne Zweifel eine gute „Nutzuh“ für die Stadt, ähnlich wie die Bergbahn. Unsere landwirtschaftsarme Gegend erheischt so etwas von selbst. — Darüber, daß sich über so manche Einseitigkeit und Rücksichtslosigkeit dem ärmeren Volke gegenüber in den letzten Jahren eine tiefegehende Verbitterung in die Herzen eingetrieben hat, lassen auch die salbungsvollen Redensarten nicht hinweg, verehrter Herr Reichsgerichtsrat. — Wenn namentlich die Arbeiterschaft sich mehr und mehr den die Herzen verbärgendenden Mammonismus und Kapitalismus bekämpfenden Sozialdemokratie zuwendet, so ist dies nur natürlich; man ist ja auf die Selbsthilfe angewiesen. Man braucht deshalb noch kein Spartakus zu sein, wie ihn der Verfassers der Wildbader Briefe hinter sich vermutet. — Ich bin so gut Christ wie jener, wollte deshalb auch die Ehar- und Osterwoche nicht mit Parteigeiz trüben. Die organisierte Arbeiterschaft aber wird bei den Gemeinwohlthun sich zu rächen suchen für so manches jährliche Unrecht, das den kleinen Leuten widerfährt und das, wie gesagt, auch die salbungsvollen Redensarten nicht abwachen.  
Daß die Großhändler gewisser Herren nicht so weitergeht und die Lebensmittelpreise immer mehr in die Höhe schraubt, wird die wichtige Sorge der Arbeiter sein, die dadurch kein Bündlein Zeit mehr erhalten können.  
Der vermeintliche „Spartakus“.

# Die (konstituierende) Generalversammlung der deutschen demokratischen Partei Wildbad.

Wildbad, den 26. April 1919.  
Die auf letzten Samstag abend in das Hotel z. Ochsen hier einberufene Generalversammlung der deutschen demokratischen Partei war leider in Anbetracht der nichtigen Tagesordnung schwach besucht. Herr Dr. Payer eröffnete die Versammlung mit folgender Ansprache:  
Liebe Parteigenossen!  
Die deutsche demokratische Partei Wildbad hält heute ihre erste Generalversammlung ab, um sich endgültig zu konstituieren. Hervorgegangen aus der alten demokratischen und der nationalliberalen Partei, wurde sie bis heute von einem provisorischen Ausschuss und Vorstand geführt, der Ihnen jetzt Rechenschaft ablegen will über seine bisherige Tätigkeit.  
Der unglückselige Zusammenbruch unserer Westfront, der erfolgriche Durchbruch der Amerikaner bei St. Mihiel befeigten endgültig unsere Niederlage im Völkerrrieg. Als nächste und erste innerpolitische Folge des verlorenen Kriegs erleben wir die deutsche Revolution. Schon lange waren am deutschen politischen Horizont unheilvoll schwebende schwarze Gewitterwolken herangezogen, die den Himmel immer mehr verdunkelten und am 9. November zur furchtbaren Entladung und zum Ausbruch der gesamten alten Verfassung des deutschen Reichs führten. Aus den Trümmern des alten Reichs erhob sich zunächst der sozialistische Staat, den Einem ein Schreden, den Anderen die endliche Erfüllung längst und heiß ersehnten Hoffnungen und Wünsche.

Das antiken régime, der alte Christentum, verdrängt durch die preussischen Konterrevolution, insbesondere seinen Adel, war durch eigene Schuld in den Abgrund gestürzt; und nun trat die treibenden staatsbildenden Kräfte, die die Sozialdemokratie, die deutsche Demokratie und das Zentrum enthielten, zusammen, um aus dem Chaos des völlig zertrümmerten alten Staats einen neuen Bau zu errichten und auf den Grundpfeilern der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und der Gleichheit vor dem Gesetz ein neues deutsches Haus zu schaffen, groß und stark genug, allen deutschen Stämmen eine traumliche, glückliche, freie Heimstätte zu sein.

Kienengroß trat diese Aufgabe der neuen deutschen konstituierenden Versammlung entgegen und mit Recht beifällig leben von uns die bangen Frage: wird wohl die bevorstehende, fast übermenschliche große Arbeit auch zum glücklichen Ziele geführt werden? Wenn es anders kam, als wir gehofft und erwartet hatten, so trägt davon die d. d. Partei feinerste Schuld, auch nicht der gute Wille des Zentrums; wohl aber die bunte Zusammensetzung der Sozialdemokratie. Wir erkennen rückhaltlos an, daß ein guter Teil der Mehrheitssozialisten den guten Willen hatte und noch hat, am Neubau eines brauchbaren Staatsgebäudes tatkräftig mitzuarbeiten. Dieser Partei wird indes ihre Aufgabe unendlich erschwert durch die Art ihrer Zusammensetzung; sie bildet keinen einheitlichen, gleichartigen, homogenen Organismus. Ausgehend von der Ueberlegung, daß wer die Masse hat, das Uebergewicht und die Macht hat, seinen Willen durchzusetzen, hat sie sich seit Jahrzehnten unablässig und mit großem Erfolg bemüht, die große Masse um ihre Rahmen zu scharen, die alle in sich schloß, die mit ihrem Schicksal, mit Gott und der Welt unzufrieden waren; und um ihre Zahl künstlich zu steigern, um sie durch ihre immerwährende Here Zutracht und Haß gegen alles Bestehende auch in die Hütten derer hinein, die vorher zufrieden und glücklich ein, wenn auch bescheidenes Dasein führten. Jedem vermach sie höchste rührende Glückseligkeit, unbekümmert darum, daß ihre Verprechungen das Menschenunmöglichste enthielten. Nur zu bald kam die Ernüchterung in dem Augenblick, wo die Sozialdemokratie, aus dem passiven Hintergrund herausgerissen, vor große schäpferische Aufgaben hingestellt wurde. Und da zeigte es sich sofort, wie weilsäßig und verschiedenartig der sozialdemokratische Koloss in Wirklichkeit war.  
(Schluß folgt morgen.)



Die Behandlung der Erdbeerpflanze.

(Nachdruck verboten.)

Wenn der Frühling naht, denkt man auch an die Gartenernte... Die Erdbeere, die in den Monaten April und Mai besonders sorgfältig behandelt sein will.

Wenn auch die Erdbeere winterhart ist, so tut man doch gut, sie während des Winters leicht zuzudecken... Schon am das vorzeitige Austreiben zu verhindern.

Für die Vermehrung ist folgendes zu beachten: Hat man nur geringen Bedarf für den Nachwuchs, so schneidet man alle im Entstehen begriffenen Ranken ab bis auf zwei.

Obstbau.

Wann und wie soll man Obstbäume schäpfen?

(Nachdruck verboten.)

Schröpft wird von Ende März bis Anfang Mai. Die Schröpfnitze dürfen nur bei gut angewurzelten Bäumen gemacht werden, da frisch gepflanzte Bäume noch nicht die erforderliche Kraft besitzen.

Vertilgung der Fischegel.

Dieserigen Fische, die bei der Abfischung von Fischegeln befreit sind, werden von ihren Belagern befreit, wenn man die Fische in ein Bad von 25prozentiger Kochsalzlösung tut.

Die Regelung der Beschäftigung im Bauwerksverke... Die Arbeitslosigkeit der Bauwerksverke... Die Arbeitslosigkeit der Bauwerksverke...

Der Auslandsbedarf ist bereits an die Kommunalerbände verteilt und kommt demnächst zur Ausgabe. Der Preis ist außerordentlich hoch und stellt sich auf 6.25 bis 6.50 Mk. das Pfund.

Schwabenkapitel. In Sigmaringen fand unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Meißner eine Versammlung statt, zu der der hohenzollerische Landesauschuss sowie Vertreter der Handelskammer, des Bauernvereins, der Arbeiterschaft und der Kreisbauvereine waren.

Voricht bei Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Italien! Seit einigen Tagen gestattet Italien seinen Angehörigen, mit deutschen Staatsangehörigen wieder direkt zu korrespondieren.

Die Engländer in Eibirien. Infolge des schlechten Zustands der sibirischen Eisenbahn geht man nach der "Times" mit dem Gedanken um das Innere Sibiriens von Norden her aus dem Meerweg aufzubrechen.

D.L.G. Tübingen, 24. April. (Protokollver-

sammlung gegen einen Gewaltfrieden.) Gestern Abend fand im Muehlenaal unter dem Vorsitz des Oberstudienrats Krapp-Tübingen eine von allen Parteien überaus lebendige Versammlung statt.

Lehrverke nach Kopenhagen. Als erstes deutsches Flugzeug im nichtmilitärischen Luftverkehr internationaler Art ist gestern ein Flugzeug der von der Stadtnavigations-Gesellschaft eingeregelter Luftverkehrslinie Berlin-Barmenlande mit Erlaubnis der dänischen Behörden bis Kopenhagen durchgeflogen.

Erlaubnis für deutsche Kellner. Das Generalkonsulat der Pariser Hotelindustrie hat beschlossen, daß in Zukunft kein Deutscher und keine Deutsche in französischen Hotels und Restaurants angestellt werden soll.

Die Abrüstung des Kopenhagener Heeres. In der englischen Armee hat eine enorme Demobilisierung stattgefunden: 500.000 Krieger sind an der Front beurlaubt worden.

Die Engländer in Eibirien. Infolge des schlechten Zustands der sibirischen Eisenbahn geht man nach der "Times" mit dem Gedanken um das Innere Sibiriens von Norden her aus dem Meerweg aufzubrechen.

Fleischbeschlagnahme.

Am Samstag, den 20. April 1919 wurden hier beschlagnahmt und sofort ins Schlachthaus gebracht bei einem hiesigen Einwohner 32 Pfund Schweinefleisch bei einem hiesigen Metzgermeister 19 Pfund Kalbfleisch

Da das Fleisch am Verderben war, so hat das Oberamt die sofortige Abgabe des Fleisches an hiesige Verbraucher gegen Fleischmarken angeordnet und es wurden noch am Samstag abgegeben: an 19 Familien je 1 Pfund, an das städt. Krankenhaus für die dortigen Kranken 2 Pfund, zusammen 21 Pfund.

Teigwaren

Auf Lebensmittelmarke 9 wird abgegeben: 300 gr Teigwaren. Auktionschluss: Dienstag Abend 6 Uhr. Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Freiwillige Versteigerung.

Im Auftrag des Eugen Pfau, Kunstmühlbesizers in Wildbad kommen am Samstag, den 3. Mai 1919, Vorm. 10 Uhr, am dem hiesigen Rathaus zum letztenmal zur Versteigerung: 7/12 des Geb. B 85: 2446 qm Hütte und Hofraum, die Kichenhütte in den Hauswiesen.

Villa Zeppelin

dem Verkauf aus und kann jederzeit ein Kauf mit mir abgeschlossen werden.

Arbeitsvergebung.

Zum Bau von Meisterwohnhäusern des Herrn J. Gauthier, Calmbach, werden die Beschändlung, Gipfer, Glaser, Schreiner, Schlosser, und Anstricharbeiten öffentlich vergeben.

Bauliturg

Am 1. eichen Ausschuh-Echter und 60 Nm. eichen Andruck öffentlich zum Verkauf. Losverzeichnis sind vom Forstamt erhältlich.

Am Samstag, den 10. Mai 1919, vorm. 10 Uhr im Jägerhäble in Wildbad aus Staatswald I, 21 Paulinen, 93 Kollwasserhof, 95 Mitt Spedenreich, 96 Hint. Spedenreich, 116 Mitt Gustrich, 122 Untere Altergrund: 25 Eichen mit jun. Km 1.52 III b, 2.99 IV, 5.56 V, 0.71 VI, RI, 2 Linden m. Km. 0.50 V. RI: 7 eichen Derbhangen I, III, RI, ferner

Ein Zicklein

hat zu verkaufen. Wer, sagt die Exped.

Mädchen

im Zimmerdienst erfahren, sucht Stellung bis 15. Mai od. r später als Zimmermädchen am liebsten in Hotel.

Jugendluft

zum Krabjode a brauche Apotheke S. Stephan Horochyerm L. noli.

Stuttgarter Geld

und Pferde Lotterie. Hauptgewinn 25.000 Mark. Jose a 2 Mark erhältlich bei

Ia. Waschseile

sa. 40-80 mtr. lang Ia. Kordel, Bindefaden, Stricke u. s. w. alles in schter guter Qualität ist wieder zu haben bei

Robert Treiber.